

«Westeuropa ist mental nicht auf einen Krieg vorbereitet»

Als Mitglied der Aussenpolitischen Kommission verfolgt Ständerat Beat Rieder die Eskalation in der Ukraine. Seine Analyse.

Armin Bregy und
Norbert Zengaffinen

Beat Rieder, Sie sind Mitglied der Aussenpolitischen Kommission des Ständerats. Wie haben Sie die Nachricht über den Angriff Russlands auf die Ukraine zur Kenntnis genommen?

Alle haben damit gerechnet, dass Russland mit seinen Truppen in die Regionen des Donbass im Osten der Ukraine einmarschiert und die pro-russischen Separatistengebiete Donezk und Luhansk okkupiert. Der Angriff auf das gesamte Gebiet der Ukraine ist sehr überraschend. Dieses Vorgehen Russlands muss aufs Schärfste verurteilt werden. Die Schweiz wird sich sämtlichen von der UNO verhängten Sanktionen anschliessen müssen. In Anbetracht dessen, dass hier eine Atommacht und ein übermächtiger Gegner einseitig ein militärisch unterlegenes, unabhängiges Land grundlos angreift, ist die Position der Schweiz als kleines Land klar.

Was heisst dies konkret, welche Massnahmen und Sanktionen muss die Schweiz jetzt rasch umsetzen?

Der Bundesrat trifft sich am Donnerstag zu einer Krisensitzung. Ich gehe davon aus, dass sich die Landesregierung den UNO-Sanktionen sowie jenen der EU anschliessen wird. Das ist gerechtfertigt. Die Invasion ist mit nichts zu rechtfertigen.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen werden auch wirtschaftliche Folgen haben. Es ist bekannt, dass die Schweiz eine Drehscheibe für russisches Geld ist. Müssen diese Gelder blockiert werden?

Im Sanktionsmechanismus muss eruiert werden, welche Gelder von welchen russischen Personen und Unternehmen

völkerrechtlich blockiert werden sollen und können. Das muss koordiniert werden mit den Sanktionen, die multilateral ausgesprochen werden. Die Schweiz kann hier als neutrales Land nicht weiter gehen als die UNO oder andere Staaten-Organisationen. Die Landesregierung muss sich hier mit den entsprechenden Gremien abprechen.

Und allenfalls auch Geschäftstätigkeiten mit russischen Unternehmen unterbinden?

Ja. Sofern das mit dem Völkerrecht vereinbar ist. Die Schweiz ist ein Land, welches das Völkerrecht respektiert und respektieren muss. Man weiss aus der Vergangenheit, dass Länder, die Sanktionen verhängen, gut beraten sind, wenn sich diese auf das Völkerrecht stützen. Hier wird entscheidend sein, was die UNO und die EU beschliessen. Unser Land hat bis anhin immer diese Positionen übernommen, damit die Massnahmen nicht über die Schweiz umgangen werden können. Das ist Standard der schweizerischen Aussenpolitik.

Die Schweiz ist ein neutraler Staat und hat auch eine lange Tradition als Vermittlerin in Konflikten. Könnte dies eine Rolle sein, welche die Schweiz in dieser kriegerischen Auseinandersetzung einnehmen könnte?

Das wird zukünftig schwieriger. Ich bin skeptisch, was einen Eintritt der Schweiz in den UNO-Sicherheitsrat angeht. Daraus könnte sich die Situation ergeben, dass unser Land als Mitglied des Sicherheitsrats Russland zwar verurteilt, sich aber gleichzeitig als Vermittler anbietet. Ich gehe davon aus, dass die Schweiz immer versuchen wird, Kriege mit Diplomatie zu beenden. Und auch in diesem Konflikt ihre Beziehungen einsetzen wird.



«Ich glaube, Fehler wurden auf beiden Seiten gemacht», sagte Ständerat Beat Rieder (Die Mitte). Bild: pomona.media

Die EU hat angekündigt, dass sie mit harten Massnahmen reagieren wird. Trotzdem hat man das Gefühl, dass der Westen Russland ein wenig hilflos gegenübersteht. Mit einem russischen Präsidenten Putin, der augenscheinlich ein wenig die Kontrolle über sein eigenes Handeln verloren hat. Täuscht dieser Eindruck?

Westeuropa ist mental nach der Pandemie nicht auf einen Krieg vorbereitet. Wir leben in einer Weltregion, in der die Einzelstaaten über Jahrzehnte in Frieden miteinander leben. Spätestens aber nach dem Krieg in Ex-Jugoslawien in den 1990er-Jahren und der Annektierung der Krim durch Russland 2014

wissen wir, dass Krieg an jedem Ort der Welt möglich ist. Auch in Westeuropa und Europa. Trotzdem sind die Verteilungsbudgets der Länder Westeuropas permanent zurückgefahren worden. Jetzt ist Europa doch ein bisschen überrascht worden, dass in nächster Nähe ein Angriffskrieg ausbricht. Daraus muss die Schweiz und müssen andere Länder die Lehren ziehen. Entweder hat man eine eigene Armee oder man hat eine fremde Armee. In diesem Punkt müssen die Regierungen der europäischen Länder über die Bücher gehen.

Ein weiterer Aspekt in diesem Konflikt ist die Energie. Russland liefert 35 Prozent

des Gases, das man in Europa verbraucht. Wie stark könnte die Schweiz von einer Drosselung der Gaslieferungen von Russland betroffen sein?

Ich gehe davon aus, dass die Schweiz und Europa heftige Auswirkungen in Form von stark steigenden Energiepreisen erleben werden. Und dies in einer Phase, wo auch ohne Krieg die Energiepreise stark ansteigen, sei es beim Gas, beim Öl und beim Strom. Der Ausbruch dieses Krieges wird das inflationäre Klima weiter befeuern. Die Inflation wird weiter steigen und gerade die Bevölkerungsschicht mit tiefen Einkommen stark treffen.

Wie muss Westeuropa darauf reagieren?

Westeuropa muss seine Prioritäten neu festlegen und sich vom absoluten Ziel der CO₂-Reduktion, dem alles untergeordnet wird, verabschieden. Es gilt, rasch Ausgleichsmassnahmen zu ergreifen, indem in die eigene Energieproduktion investiert wird. Im Bundesparlament laufen derzeit die Verhandlungen zum Stromversorgungs-gesetz für die Schweiz. Es muss dafür gesorgt werden, dass bis 2025 in der Schweiz massiv mehr Energie produziert wird, so weit möglich ökologisch. Die Abhängigkeit von importierter Energie muss dringend reduziert werden. Beim Öl und Gas muss sich die Schweiz künftig über andere Kanäle als über Russland versorgen. Allerdings ist die Schweiz nicht derart stark abhängig von russischem Gas und Öl wie Deutschland etwa.

SVP-Nationalrat Franz Grüter, Präsident der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrats, sagt, dass «Russland von den USA und der NATO die Garantie erhalten muss, dass die Ukraine nicht NATO-Mit-

glied wird. Das ist ein Minimum». Ein erstaunliche Aussage, nicht?

Wahrscheinlich ist diese Chance in den Verhandlungen mit Russland in den vergangenen Jahrzehnten verpasst worden. Jetzt ist allerdings nicht der Zeitpunkt, diese Forderung ins Zentrum zu stellen. Es muss vielmehr die Einstellung der Kriegshandlungen auf Gebiet der Ukraine verlangt werden. Ich gehe davon aus, dass die USA und Westeuropa es nicht zulassen werden, dass ein unabhängiges Land in Europa durch Russland angegriffen und besetzt werden kann. Offensichtlich hat hier die Diplomatie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten versagt. Vielleicht hat man Russland nicht genügend ernst genommen. Jetzt aber ist nicht der Zeitpunkt, darüber zu diskutieren, sondern es ist eine klare und harte Haltung zu demonstrieren gegenüber einem Land, das einen Angriffskrieg angezettelt hat.

Gleichwohl sagen Sie, dass der Westen gegenüber Russland in der Vergangenheit Fehler gemacht hat?

Ich glaube, Fehler wurden auf beiden Seiten gemacht. Die NATO hat sehr viele Länder in ihr Bündnis aufgenommen. Sie ist ein Militärbündnis, das aus Sicht der Russen bedrohlich ist. Hier hätte man sicherlich sensibler sein müssen im Umgang mit Russland. Russland selbst hat in den zurückliegenden Jahren viele Offensiven unternommen, um besser mit Europa zusammenzuarbeiten. Diese sind allesamt abgelehnt worden. Unter den deutschen Kanzlern Kohl, Schröder und Kanzlerin Merkel hat sich das Verhältnis Europas zu Russland zunehmend abgekühlt. Das hätte verhindert werden müssen, denn Russland ist ein Teil Europas. Und ohne Russland gibt es keinen Frieden in Europa.